

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

7.4.1888 (No. 96)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 7. April.

№ 96.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Dichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 6. April.

Das neue rumänische Kabinett kann mit der Aufnahme, die es im Lande und in der Kammer findet, leidlich zufrieden sein; wenn diese Aufnahme auch bei der Majorität zunächst noch eine etwas reservierte ist und wenn die Minorität dem Kabinett eine Reihe von Forderungen stellt, von denen sie ihr Verhalten abhängig macht, so ist doch für die nächste Zeit der Bestand des Ministeriums Rosetti anscheinend gesichert. Die Majorität der Kammer hat sich bereit erklärt, das Budget zu votiren und dem Kabinett gegenüber eine abwartende Haltung anzunehmen, so daß Rosetti und seine Kollegen auf jeden Fall Zeit gewinnen, um ihr Programm praktisch zu entwickeln. Es ist dies nach den Schwierigkeiten, welche die Neubildung des Kabinetts verursacht, immerhin ein nicht zu unterschätzendes Resultat. Zur Festigung seines Ansehens und seines Einflusses dürfte dem Ministerium Rosetti auch das Vertrauen, das ihm von österreichischer Seite entgegengebracht wird, gereichen. Für die Auffassung des Kabinetts Rosetti in der österreichischen Regierungspresse spricht der Satz, mit welchem das Wiener „Fremdenblatt“ heute eine längere Erörterung der Situation in Rumänien schließt:

„Die Persönlichkeit des neuen Ministers des Auswärtigen, des Herrn Carv, welcher Jahre hindurch unter Bratiano im vollen Einklange mit dessen Ansichten und Prinzipien im diplomatischen Dienste gestanden ist und während seiner Amtirung als rumänischer Gesandter in Wien sich daselbst nur Freunde und Sympathien erworben hat, bietet eine gewisse Gewähr dafür, daß man sich von den Interessen Rumäniens allein entsprechenden und naturgemäßen Politik Bratiano's auch in der kommenden Aera nicht entfernen wird. Diese Politik, welche unter der entschiedenen Billigung des weisen Monarchen, der Rumäniens Macht begründet, seit Jahren befolgt worden ist, zählt außer Carv im neuen Kabinett noch manchen überzeugten und warmen Anhänger; sie hat dem Königreiche seine Stellung in Europa gesichert und hat nur ein Ziel im Auge, die Erhaltung der Unabhängigkeit, Stärke und Wohlthat des Landes. In dem Streben nach diesem Ziele wird sich zweifellos das Kabinett mit allen Patrioten des Parlaments begegnen.“

Deutschland.

* Berlin, 5. April. Seine Majestät der Kaiser unternahm am heutigen Vormittag wieder eine kurze Promenade. Von derselben zurückgekehrt nahm Seine Majestät mehrere Vorträge entgegen und arbeitete alsdann längere Zeit mit dem Kriegsminister Generalleutnant Bronsart v. Schellendorff und dem Chef des Militärkabinetts General v. Albedyll. Nachmittags hatte der Kaiser eine Konferenz mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck. Das Diner nahmen die Kaiserlichen Majestäten heute mit den Prinzessinnen Töchtern Victoria, Sophie und Margarethe und der Prinzessin Feodora gemeinschaftlich ein.

Ihre königl. Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Baden und höchsteren Tochter, Ihre königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin von Schweden, begaben sich gestern Nachmittag zum Besuch der Kaiserlichen Majestäten nach dem Stadtschloß zu Charlottenburg und nahmen dort auch an der Familientafel Theil. Der Großherzog verhielt sich gestern nach der „N. A. Z.“ den Besuch seiner Kaiserl. Hoheit des Kronprinzen, Abends entsprochen die Kronprinzlichen Herrschaften einer Einladung der Großherzogin nach dem kaiserlichen Palais.

Der Trinkspruch, welchen Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz Wilhelm bei dem Diner am Geburtstage des Fürsten Bismarck ausbrachte, ist in der Presse entstellend wieder gegeben worden. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist autorisirt, gegenüber diesen Entstellungen den Wortlaut der freitragenden Stelle mitzutheilen. Der Kronprinz sagte in seinem Toast: „Unter den sieben erwähnten 40 Jahren ist keines so ernst und schwerwiegend gewesen, als das jetzige. Kaiser Wilhelm, dem Sie 27 Jahre lang treu gedient, ist heimgegangen. Das Volk jubelt begeistert dem jetzigen hohen Herrn zu, der der Mitbegründer der Größe des Vaterlandes ist. Er durchläuft, wie wir alle, werden ihm mit derselben alten deutschen Manneestrenue dienen. Um mich eines militärischen Bildes zu bedienen, vergleiche ich unsere jetzige Lage mit der eines Regiments, das zum Sturm schreitet. Der Kommandeur ist gefallen, der nächste im Kommando, obwohl schwer getroffen, reitet fühn voran; alle Blicke sind auf die Fahne gerichtet, welche ihr Träger hoch emporrückt. So halten Er. Durchlaucht

das Reichspanier. Möge es Ihnen noch lange vergönnt sein, im Verein mit dem geliebten verehrten Kaiser das Reichspanier hoch zu halten! Gott segne und schütze den Kaiser und Er. Durchlaucht!“

Noch immer kommen aus überseeischen Städten Berichte über Trauerfeierlichkeiten und Beileidskundgebungen anlässlich des Todes Kaiser Wilhelms. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erhält eine Zuschrift aus Alexandria, laut welcher dort, in Damiette und Tante feierliche Trauergottesdienste stattfanden; dasselbe Blatt theilt einen Auszug aus einer Adresse mit, welche der „Tentoniaverein“ in Memphis, eine Centralverbindung von sechs dortigen deutschen Gesellschaften, an die deutsche Gesandtschaft in Washington gerichtet hat, um dem Schmerz über den Tod des großen Monarchen Ausdruck zu geben.

Wie schon gemeldet, ist am 31. März zu Cintra bei Lissabon der kaiserliche Gesandte am portugiesischen Hofe, v. Schmidt als, gestorben. Der „Reichs-Anzeiger“ widmet demselben folgenden Nachruf:

Geboren 1839, trat v. Schmidt als Referendarius im Jahre 1857 in den auswärtigen Dienst ein und wurde zunächst bei den Gesandtschaften in München und Dresden als Attaché beschäftigt. Nach bestandener diplomatischer Prüfung im Jahre 1860 zum Legationssekretär ernannt, fungierte er als solcher in Turin, Stockholm, London, Madrid und im Haag und erhielt durch Patent vom 28. Mai 1872 den Charakter als Legationsrath. Im August 1882 wurde ihm der Posten des Gesandten in Lissabon übertragen, den er bis zu seinem Ableben inne hatte. Auf diesem Posten, gleichwie in seinen früherenstellungen, hat sich der Verehrte durch Pflichttreue und Diensteifer bewährt und erhielt noch im vorigen Jahre zum Ordensritter ein Zeichen Allerhöchster Anerkennung durch Verleihung des Rothens-Adler-Ordens zweiter Klasse mit Eichenlaub. Ein ehrendes Andenken ist ihm allseitig gesichert.

Der Minister des Innern v. Puttkamer wird heute Abend von seiner Reise durch das Ueberdewenungsgebiet in der Provinz Posen hierher zurückkehren. Minister v. Bötticher ist heute mit dem Geh. Oberbaurath Bänisch und dem Geh. Regierungsrath Bartels nach Kiel gereist, wo morgen eine Sitzung der Kommission für den Bau des Nordostsee-Kanals abgehalten werden soll.

Der Reichskanzler hat bei dem Bundesrath beantragt, daß künftig der Vorsitz in der Reichsschul-Kommission einem Verwaltungsbeamten des Reichs übertragen werde. Es wird darüber folgendes Nähere berichtet:

Die Reichsschulkommission hat bekanntlich die Aufgabe, die Anträge auf Verleihung höherer Lehranstalten zur Ausstellung von Zeugnissen über die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst zu begutachten, und beruht auf der Bundesrathsvorlage vom 16. November 1868, dem auf die letztere bezüglichen Beschlüsse des Ausschusses für das Landheer und die Festungen vom 18. Dezember 1868 und den Beschlüssen des Bundesraths vom 21. Dezember 1868. Die Organisation der Kommission hat inzwischen nur infolge einer Aenderung erfahren, als infolge der Erweiterung des Geltungsgebietes der Vorschriften über das Militärfachwesen die Zahl der die Kommission bildenden Sachmänner von ursprünglich drei allmählig auf sechs erhöht wurde und das Recht der Bundesregierungen zu dauernder oder zeitweiser Ernennung von Mitgliedern anderweit geregelt worden ist. Es wird für geeignet gehalten, den Vorsitz hinfür nicht an die Stelle des preussischen Mitglieds zu knüpfen, sondern an die Spitze der ausschließlich aus Sachmännern bestehenden Kommission entsprechend dem in neuerer Zeit technischen Verfahren gegenüber überhaupt beobachteten Verfahren einen Verwaltungsbeamten des Reichs zu stellen, eine Einrichtung, durch welche zugleich eine innigere Verbindung der gegenwärtig ausschließlich auf die schriftlichen Berichte der Kommission angewiesenen Reichsverwaltung mit der ersteren erreicht werden würde. Dabei würde die Aufgabe des Leiters der Kommission im Wesentlichen auf den Vorsitz in deren Verhandlungen zu beschränken sein, wogegen die technische Bearbeitung der zu beratenden Gegenstände, insbesondere auch die Entwerfung des über das Ergebnis der Verhandlungen der Kommission zu erhaltenden Berichts dem preussischen Mitgliede zu verbleiben hätte. Da dem vorstehenden Verwaltungsbeamten eine besondere Vergütung nicht zu zahlen wäre, so würde die angeedentete Maßregel mit Mehrkosten nicht verbunden sein. Es wird hiernach beantragt: Der Bundesrath wolle sich damit einverstanden erklären, daß künftig der Vorsitz der Reichsschulkommission einem Verwaltungsbeamten des Reichs übertragen werde.

Die Reichstags-Gratzwahl für Altena-Nerlohn ist auf den 28. d. M. anberaumt.

Frankfurt a. M., 5. April. Eine gestern Abend hier abgehaltene Versammlung von Bürgern aller Parteien beschloß auf Antrag des Oberbürgermeisters Dr. Miquel, einen Aufruf an die Bürgerschaft zu erlassen und ein Komitee einzusetzen für Errichtung eines Denkmals des Kaisers Wilhelm in hiesiger Stadt.

Würzburg, 5. April. Der heutige 13. Landtags-Wahltag ist gleichfalls ohne Ergebnis verlaufen. Der nächste Wahltag erfolgt am 12. April.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 5. April. Wie die „Politik“ meldet, wird der vierbesprochene Schulantrag des Prinzen Liechtenstein während der Spezialdebatte über das Budget, und zwar vor dem Kapitel „Unterricht“, zur ersten Lesung im Abgeordnetenhaus gelangen.

Einer Mittheilung des „Reiter Klub“ zufolge streben die leitenden Kreise der Heeresverwaltung eine Ausgestaltung der Heeresorganisation an, für welche die Bedienung im Rahmen des bisherigen ordentlichen Erfordernisses kaum gefunden werden dürfte. Ein Theil der beabsichtigten Ausgestaltung wird seine finanzielle Wirkung erst nach der Erneuerung des Wehrgesetzes zeigen, während jetzt bereits eine mäßige Erhöhung des Standes der Fußtruppen in Aussicht genommen ist, um jene Lücken auszufüllen, welche durch Abkommandirungen in die Kadettenschulen entstanden sind. Es soll daher, dem ungarischen Platte zufolge, beabsichtigt sein, aus den in die Kadettenschulen kommandirten Personen einen eigenen Stand zu formiren und den Stand der Truppen um 110 Offiziere und 2000 Mann zu vermehren, und diese Standeserhöhung soll bereits im nächsten Ordinarium zum Ausdruck gelangen. Der „Klub“ weist darauf hin, daß im Deutschen Reiche die Kompagnien eine viel bedeutendere Effektivstärke haben als in Oesterreich-Ungarn.

Italien.

Rom, 5. April. Aus Florenz meldet man, daß die Italienischen Majestäten heute Vormittag in Begleitung Crispi's die Königin von England besuchten, welche Nachmittags den Besuch erwiderte. Nach ihrer Rückkehr empfingen der König und die Königin das Brasilianische Kaiserpaar und den König von Württemberg.

Die „Berl. Polit. Nachr.“ sagen in einer Besprechung des Depeschenwechsels zwischen dem König Humbert und dem deutschen Reichskanzler, sowie zwischen letzterem und dem italienischen Ministerpräsidenten: „Die deutsch-italienischen Freundschaftsbedingungen, welche aus Anlaß der Geburtstagsfeier des Reichskanzlers Fürsten Bismarck zwischen Rom und Berlin hin und wieder gingen, bilden ohne Zweifel einen der charakteristischsten Hauptzüge des augenblicklichen Bildes der internationalen Lage. Wenn man Inhalt und Geist des vom König Humbert an den leitenden deutschen Staatsmann gerichteten Glückwunschscheibens, die dankende Erwiderung des Reichskanzlers, sowie die Antwortdepesche des Letzteren auf das Glückwunschtelegramm des italienischen Ministerpräsidenten Herrn Crispi mit dem gegenwärtigen Stande der italienisch-französischen Beziehungen vergleicht, so ist der diametrale Unterschied beider geradezu augenfällig. Während König Humbert keine Gelegenheit vorüberläßt, seinen intimen Gefühlen für das Wohlwollen Kaiser Friedrichs Ausdruck zu geben, indeß der deutsche Reichskanzler von dem großen Gewicht spricht, welches der Kaiser darauf lege, daß König Humbert wisse, wie dankbar er ihm für diesen Freundschaftsbeweis sei; daß er noch lange genug zu leben hoffe, um die Folgen eines Einvernehmens zu verwirklichen, welchem er stets die größte Wichtigkeit beigelegt habe und beilege, gefallen sich die Franzosen in geistlicher Ignoranz der nationalen Würde und Stellung der benachbarten Mittelmeer-macht, tranken das italienische Selbstgefühl durch unmäßige kleine Nabelstiche und benehmen sich bei jedem Anlaß so, als könnten sie den Zeitpunkt nicht abwarten, mit ihren südblichen Nachbarn einmal gründlich in's Gericht zu gehen. Frankreich haßt eben, wie Fürst Bismarck in seiner großen Reichstagsrede vom 6. Februar bemerkte, jeden seiner Nachbarn, dem es nicht ohne weiteres den Fuß auf den Nacken zu legen vermag; diese Zeit ist nun sowohl für Deutschland wie für Italien endgiltig vorbei, und deshalb haßt Frankreich beide Nationen mit gleichem Ingrimm; bei den Italienern glaubt man, auf die eigene Uebermacht pochend, mehreres sich herausnehmen zu können, als bei den gefürchteten Deutschen. Um so freier von hinterhältigen Gedanken erweist sich die internationale Politik Deutschlands. Zwischen dem Deutschen Reiche und Italien bestehen solidarische Interessen, die in einem Punkte, der Friedenserhaltung, direkt zusammenstreffen. Indem Herr Crispi den Wortlaut sowohl der an ihn selbst, als der an König Humbert gerichteten Depesche des Reichskanzlers dem italienischen Ministerrath mittheilen zu wollen erklärt hat, weist er ihnen ihren Rang unter den hochpolitischen Dokumenten der Gegenwart an und gibt ihnen eine Pointe, welche ihrer vollen Würdigung im Kreise der zu dem Friedensbunde vereinigten Völker, und auch wohl noch jenseits desselben, gewiß sein darf.“

Frankreich.

Paris, 5. April. Herr Rochefort verlangt von dem neuen Kriegsminister nichts Geringeres, als daß derselbe Boulanger wieder als kommandirenden General in der Armee anstelle. Er stellt diese Forderung im Namen des Patriotismus. Die Freunde Boulangers geben sich ja überhaupt so, als ob sie den Patriotismus in Allempacht hätten, während alle Nicht-Boulangisten die Interessen des Vaterlandes nicht verstanden oder nicht verstehen wollten. Auch diejenigen Mitglieder der Patriotenliga, die es mit Mißvergünigen empfanden, daß die Patriotenliga seit dem Rücktritte Déroulède's ihre Sache von der Boulangers getrennt hat, sprechen in einer an Herrn Boulanger gerichteten Ergebenheitsadresse föhlich im Namen des Patriotismus. Sie haben eine neue Gesellschaft begründet, in der für Boulanger Propaganda ge-

trieben wird, und an den General a. D. eine Zuschrift gerichtet, in welcher sie Einspruch gegen die Pensionierung Boulangers erheben und versichern, daß sie nach wie vor auf die Dienste Boulangers in der Stunde der Entscheidung zählen. Besonders effectvoll nimmt sich in der Adresse die Stelle aus, in welcher die Unterzeichner dem verabschiedeten General gerührt für Alles danken, „was er gethan, um das nationale Heer auf die Höhe seiner Aufgabe zu erheben“. Leider sprechen sie sich nicht näher darüber aus, ob sie hierunter die Verordnung über das Vortragen der Soldaten, den farbigen Anstrich der Schilberhäute oder die Umfassung der Kasernen verstehen. Herr v. Freycinet hat eine indirekte Antwort auf die Forderung Boulangers schon ertheilt: in einem Rundschreiben an die kommandirenden Generale, in dem er es für seinen obersten Grundsatz erklärt, die Disziplin in der Armee auf das Entschiedenste aufrechtzuerhalten. Wenn der neue Kriegsminister die strengste Disziplin von der Armee verlangt, kann er wohl nicht die Hand zur Reaktivierung eines Mannes bieten, der gerade wegen der größten Zuverlässigkeiten gegen die Disziplin aus dem Heere entfernt worden ist. Herr v. Freycinet war zwar, wie bekannt, früher einer von den Gönnern Boulangers, aber der Letztere ist schon lange auch seinen ehemaligen Freunden unheimlich geworden. Boulanger wird nun zunächst sein Glück bei den Wählern des Nord-Departements versuchen, die Aussichten für seine Kandidatur sollen indessen sehr unsichere sein. Der größere Theil der Radikalen macht seine Unterstützung der Wahl Boulangers davon abhängig, daß derselbe eine auf ihn fallende Wahl wirklich annehme und darauf verzichte, auch in anderen Departements zu kandidiren, da man nicht die Hand zu einem Plebiszit für Boulanger bieten will, was den Boulangeristen einen Strich durch die Rechnung macht, da sie gerade ein Plebiszit für Boulanger anstreben. Unter diesen Umständen steigen die Chancen für den von gemäßigten republikanischer Seite aufgestellten Kandidaten, den Advokaten Foucard, zumal auch von den monarchistischen Stimmen nur die bonapartistischen auf Boulanger fallen dürften, während die orleanistischen Wähler ihren Kandidaten in der Person des Advokaten Gombert haben. Die Hoffnung des boulangistischen Wahlkomite's beruht auf der Masse der Grubenarbeiter im Nord-Departement, von denen man annimmt, daß sie aus Haß gegen die bestehenden Parteien für Boulanger stimmen werden; es ist aber fraglich, ob diese Stimmen entscheidend in's Gewicht fallen, da die Arbeiter in den Bergwerken nur zum Theil Franzosen, größtentheils Belgier und andere Ausländer sind.

Paris, 5. April. Auf Wunsch Goblet's wird der bisherige Direktor der Abtheilung für politische Angelegenheiten, Francis Charmes, im Amte verbleiben. — Ein Rundschreiben Freycinet's an die Corpskommandanten bezeichnet es als die feste Absicht des Ministers, in der Armee den unbedingten Respekt vor der Disziplin in allen Graden aufrecht zu erhalten. — Heute fand ein von etwa 500 Anarchisten besetztes, gegen die Stellenvermittlungsbureau gerichtetes Meeting statt. Nach Beendigung desselben versuchten die Teilnehmer eine Kundgebung in der Nähe der Centralhallen zu veranstalten, sie wurden jedoch von der Polizei ohne Widerstand zerstreut.

Spanien.

Madrid, 4. April. Der Finanzminister hat gestern den Cortes das Budget für 1888/89 vorgelegt. Nach demselben belaufen sich die Ausgaben auf 849 329 985, die Einnahmen auf 851 667 932 Pesetas, so daß ein Ueberschuß von etwa 2 244 000 Pesetas bleibt. Dieser Ueberschuß steht allerdings nur auf dem Papier, denn der Finanzminister hat von dem Kredit für Schiffsbauten 19 Millionen Ausgaben gestrichen und in die Einnahmen 40 Millionen aus neuen Steuern auf Alkohol, Petroleum u. s. w. eingesetzt, die noch nicht bewilligt sind. Es ist also ein wirkliches Defizit von mindestens 57 Millionen vorhanden. Der Finanzminister gestand zu, daß die Lage keine glänzende sei, aber er wies darauf hin, daß immerhin das Defizit in den letzten Jahren beständig abgenommen habe, indem es seit 1885 von 108 über 91 und 77 auf 57 Mill. gefallen ist. Der Minister will jetzt auch ein außerordentliches Marinebudget schaffen bis zum Betrage von 171 Millionen, das, wie schon gestern erwähnt, durch Vorschüsse der Tabakkompagnie und eine noch zu beschließende Kreditoperation genährt werden soll. Nach langen Debatten hat man sich jetzt über die Armereform verständigt. Die Konfiskation soll abgeschafft und die allgemeine Wehrpflicht und das Territorialsystem eingeführt werden. Die Friedensstärke soll 100 000, die Kriegstärke 350 000 Mann betragen. Grenz- und Küstenvertheidigung soll in besserem Stand gesetzt werden. Man fürchtet indeß, daß zu diesen Reformen die Mittel schwer aufzubringen sein werden.

Belgien.

Brüssel, 3. April. Die Regierung hat der Zweiten Kammer einen Gesetzentwurf über Arbeiterwohnungen unterbreitet. Die „Köln. Ztg.“ theilt über denselben Folgendes mit. Der Vorschlag, welche der Entwurf in Aussicht stellt, können sowohl Aktiengesellschaften als Baugenossenschaften, welche die Errichtung solcher Wohnungen bezwecken, theilhaft werden. Mehrere Arten von Stempel- und Uebertragungsgebühren werden nachgelassen oder ermäßigt. Die königliche Spar- und Alterskasse wird ermächtigt, einen Theil ihrer verfügbaren Gelder behufs Errichtung von Arbeiterwohnungen auszuliehen. Die Regierung verlangt im weiteren die Befugnis, den Besitzantretenden die „persönliche Steuer“ zu erlassen, d. h. diejenige Steuer, welche als Personalsteuer nach Maßgabe der angeblichen äußeren Merkmale des Einkommens, also nach Katastermiethwerth, nach Thür-

und Fensterzahl und Möbeleinrichtung erhoben wird. In der Begründung wird u. a. darauf hingewiesen, daß einer Arbeiterfamilie mit einem Jahreseinkommen von 900 bis 1000 Fr. ein Wohnhaus im Preise von 3- bis 4000 Fr. zu theuer käme, daß sich indessen in Belgien schon für 1500 Fr. die Kosten für den Bauplatz nicht unbegriffen, ein angemessenes Wohnhaus errichten läßt. Uebrigens sind hierbei auch die örtlichen Verhältnisse maßgebend, und um eine gründliche Beurtheilung der letzteren zu ermöglichen, soll in jedem Verwaltungsbezirk ein Förderungsverein (comité de patronage) eingesetzt werden, dessen Mitglieder je zur Hälfte durch die Regierung und durch den ständigen Ausschuß des Provinziallandtags ernannt werden. Diese Vereine sollen den Arbeitern die zweckmäßigsten Verfahren zur Erwerbung eigener Wohnungen begreiflich machen und überhaupt sowohl die Errichtung von Arbeiterwohnungen als das Sparwesen und die Einrichtung der Selbsthilfe zu fördern suchen. Bei der Enteignung von Stadtvierteln, wobei künftighin, wenn die Vorschläge des Ausschusses für Unternehmung der Arbeiterverhältnisse Gesetz oder doch befolgt werden, ein den Verhältnissen entsprechender Flächenraum für Arbeiterwohnungen vorbehalten bleibt, sollen die Bezirksvereine ihr Gutachten abgeben. Schließlich wird die Aufmerksamkeit der Stadt- und Armenverwaltungen auf die Errichtung von Arbeiterwohnungen gelenkt. Diese Verwaltungen könnten den gemeinnützigen Zweck ganz bedeutend dadurch fördern, daß sie ihre verfügbaren Gelder an empfindenswerthe Banlustige anleihen oder ihnen mittelbar Kredit verschaffen.

Zur belgischen Arbeiterbewegung wird dem „Domb. Corr.“ geschrieben: „Obgleich die Stimmung der belgischen Arbeiterbevölkerung, dank dem Aufschwunge der Industrie, eine beruhigtere geworden ist und die in der Arbeiterpartei selbst herrschende Uneinigkeit im Ausbruch einer allgemeinen Arbeitseinstellung nicht mehr befürchten läßt, trifft doch die Regierung umfassende Vorkehrungen, um dem Ausbruche von Arbeiterunruhen rechtzeitig einen Damm entgegenzustellen. In den Arbeiterbezirken des Hennegau ist die Bürgergarde überall in das Leben gerufen worden; in dieser Provinz wie in der Provinz Lüttich sind nicht weniger als zehn neue Gendarmereieinheiten errichtet worden. Sind auch alle Arbeiterreformen, wie alle Reformen Belgiens, an der Parteilichkeit und den verfahrenen parlamentarischen Zuständen gescheitert, so soll doch wenigstens die öffentliche Ruhe gesichert werden. Gestern tagte in Lüttich der belgische Arbeiterkongress, um die Theilnahme der Partei an den bevorstehenden internationalen Kongressen in die Wege zu leiten. Außerdem soll der Mindest-Tagelohn festgesetzt und die Betheiligung der Arbeiterverbände an den politischen Kämpfen geregelt werden. Die Arbeitergruppen, welche sich der Partei des berüchtigten Agitators Desfuisseur angeschlossen haben, also dem Umsturze buldig, halten sich von dem Kongresse selbstredend fern; ihre Zahl ist nicht bedeutend und ihr Einfluß ist gering, so daß Gewaltansprüche so bald nicht zu erwarten stehen. Das Vorgehen des Königs, welcher, wie immer, mit scharfem Blicke die Lage im Lande erkennt und durch rechtzeitiges Vorgehen — in diesem Falle durch die Vornahme der meisten verurtheilten Arbeiter — alles Bedrohliche zu beseitigen weiß, hat zur Beruhigung der Arbeiterbevölkerung wesentlich beigetragen.“

Großbritannien.

London, 5. April. Aus Liverpool wird berichtet, daß der dortige Gemeinderath gestern einstimmig beschloß, dem deutschen Vorkämpfer in London sein tiefes Bedauern über den Tod des Kaisers Wilhelm, sowie seine aufrichtigen Sympathien für die kaiserliche Familie und die deutsche Nation übermitteln zu lassen. — Sir Michael Hicks Beach, der Präsident des Handelsamtes, hielt vorgestern in Bristol eine hochpolitische Rede, in der er seine Zuhörerschaft zu der besseren Lage der konservativen Partei beglückwünschte. Die große, liberale Partei von 1886, jagte der Redner, sei gespalten und ihr bester Theil unterstütze jetzt die konservative Regierung, während der Rest nicht ganz einig sei. Die Ergebnisse der seit der letzten allgemeinen Wahl stattgefundenen Ergänzungswahlen bekundeten, daß sich in der Meinung des Landes ein Umschwung zu Gunsten konstitutioneller und unionistischer Anschauungen vollzogen habe und daß das Ministerium die Unterstützung der Nation genieße. — Die internationale Zuckerprämien-Konferenz ist heute im auswärtigen Amte unter dem Präsidium des Staatssekretärs Worms wieder zusammengetreten und hat lediglich die Tagesordnung für die nächsten Sitzungen festgesetzt. Alle auswärtigen Regierungen haben inzwischen dem englischen Vorschlag, die Zuckerprämien abzuschaffen, zugestimmt.

Der „Morning-Advertiser“ bespricht aus Anlaß des Max Müller'schen Artikels in der „Contemporary Review“ die Frage der Stellung Englands zu der Tripelallianz. Man übersehe, sagt das Blatt, meistens die Thatsache, daß England ebenso eine asiatische wie europäische Macht sei und mit der ernstesten Theilnahme Verwicklungen im Orient betrachten müßte, welche Niemanden in Berlin, Rom oder Wien stören würden. „Der Beitritt zur Tripelallianz“, fährt der „Morning-Advertiser“ fort, „würde eine entschieden unfreundliche Handlung Rußland gegenüber sein und dürfte von letzterer Macht nicht unvernünftiger Weise abgenommen werden. Aber im Falle einer feindseligen Bewegung gegen uns in Asien würden unsere europäischen Bundesgenossen nicht verpflichtet sein, uns Hilfe zu leisten. Ueber deutsche Soldaten noch italienische Schiffe würden zu unseren Diensten stehen, um einer Invasion von Afghanistan Widerstand zu leisten. Dies ist eine Betrachtung, welche von einem englischen Minister niemals außer Acht gelassen werden darf. Gleichzeitig ist es möglich, daß zu viel Gewicht darauf gelegt wird. Es ist keineswegs sicher, daß Rußland in Afghanistan einfallen würde, wenn wir der europäischen Liga beiträten. Die in Europa zu laufenden Risiken sind sogar kleiner. Wir dürften in der Theorie gezwungen sein, italienische Küsten zu vertheidigen, wenn sie von Frankreich angegriffen würden, allein dann ist es fast sicher, daß die Kenntnis davon genügen würde, den Angriff auf die italienischen Küsten zu verhindern. Die Frage ist eine, welcher Lord Salisbury ohne Zweifel bereits seine entsefeste Beachtung gewidmet hat. Ob wir aber der Allianz beitreten oder nicht, so darf doch kein Raum für Zweifel vorhanden

sein betreffs des Gefühles, mit welchem wir dieselbe betrachten. Unsere Sympathien müssen gänzlich mit den Mächten sein, die, wie wir selber, vor allen Dingen die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen, und es sollte keine Möglichkeit vorhanden sein für eine Fokkennung seitens Rußlands oder Frankreichs, daß England zu verachtet werden könnte, einer Politik beizutreten, die feindselig gegen Deutschland, Oesterreich oder Italien ist. Unsere Interessen sind eng verknüpft mit jenen der verbündeten Mächte, und wir können denselben nur Erfolg wünschen, gleichviel, ob wir förmlich mit ihnen verbündet sind oder nicht.“

Rumänien.

Bukarest, 5. April. Gestern Abend fand eine Versammlung von Mitgliedern des konservativen Klubs statt. Fleva erklärte, nach dem Rücktritt Bratiano's betrachte er seine Mission als beendet, und er habe keinen Grund, die jetzige Regierung nicht zu unterstützen. Es geht das Gerücht, Fleva werde in das Kabinett eintreten und Sherman seine Entlassung nehmen, um den Eintritt eines Mitgliedes der gemäßigten Opposition mit Fleva zu erleichtern. Der Führer der Konservativen, Catargi, ist von der Opposition beauftragt, heute Rosetti zu fragen, ob das Kabinett geneigt sei, sofortige Wahlen einzuleiten, und ihm bejahendenfalls die Unterstützung, verneinendenfalls Bekämpfung seitens der Opposition in Aussicht zu stellen.

Ueber das neue rumänische Ministerium schreibt man der „National-Zeitung“: „Es blieb dem scheidenden Kabinettschef Bratiano, wollte er sein Vaterland bei den möglichen baldigen Umwälzungen auf der Balkanhalbinsel nicht den größten Gefahren ausgesetzt sehen, nichts übrig, als dem König dazu zu rathen, die letzterem seit langem sympathischen Jungkonservativen zur Regierung zu rufen. Wir finden denn auch in dem neuen Kabinett fast durchwegs dem König sympathische Persönlichkeiten, denen nach ihrer ganzen Vergangenheit nur daran gelegen sein kann, die Dynastie noch weiter zu stützen, und daß in der mit Zustimmung des Königs inaugurierten auswärtigen Politik keine Aenderung eintrete. Der neue Kabinettschef Theodor Rosetti, durch seine Schwelger Helene ein Schwager des früheren Fürsten Gusa, gehört eigentlich keiner politischen Partei an, und obgleich durch Geburt und Familienbeziehungen konservativ, ist er gleichwohl ein Verechter liberaler Anschauungen, dem es aber, wie er selbst sagt, vor Allem darauf ankommt, durch Ordnung und Dauerhaftigkeit sichere Grundlagen zur Festigung des Staates zu schaffen.“ Lange Jahre hindurch Präsident des obersten Gerichtshofes bietet Rosetti's Person bei den jetzigen Zuständen in Rumänien eine erwünschte Sicherheit für Recht und Gerechtigkeit. Ihm gleichgemint und als herborragende und befähigte Mitglieder des Kabinetts sind Peter Cava (Auswärtiges) und Titus Majorescu (Unterricht) zu erachten, deren beider deutschfreundliche politische Ueberzeugungen niemals Wandlungen unterworfen waren und weit älteren Datums sind, als diejenigen des scheidenden Ministeriums. . . . Diesen zunächst ist der neue Kriegsminister, General Barozzi, zu erwähnen, seither Chef des Militärkabinetts des Königs Karl, wohl der Ereignisse, die Hohenzollern-Grundzüge der Majestät in der rumänischen Armee noch weiter zur Geltung zu bringen und zu sichern. Sherman (Finanzen), Alexander Marghioman (Justiz) und Prinz Stirbey (öffentliche Arbeiten) sind neue Männer, deren politische Ueberzeugungen sich mit denjenigen der zuerst erwähnten leitenden politischen Persönlichkeiten im neuen Kabinett decken. Prinz Stirbey ist ein Sohn des früheren regierenden Fürsten Barbu Stirbey. Dem neuen Finanzminister, in welchem wir einen Anhänger der bisherigen rumänischen Finanzpolitik vermuthen, sind wir zur Zeit der hiesigen Amtstätigkeit des früheren rumänischen Kommissärs und jetzigen Krondomänenverwalters Dr. Joan Calindero des Defteren in Berlin begegnet. Ob sich das neue Kabinett bei der jetzigen Zusammensetzung des rumänischen Parlaments halten bezw. selten Fuß wird fassen können, wird wesentlich von der Unterstützung abhängen, welche demselben von der Bratiano'schen Kammermehrheit zu Theil werden wird. Andernfalls könnte sich nach Lage der Dinge König Karl leicht entschließen, das Parlament aufzulösen und durch Neuwahlen die Entscheidung des Landes anzurufen.“

Türkei.

Konstantinopel, 3. April. Die Porte verständigte den französischen Vorkämpfer Grafen Montebello, sie werde zur Suezkanalfrage erst Stellung nehmen, wenn sie die amtlichen Urkunden über die englisch-französischen Gegenvorschläge zur Konvention erhalte. Hierauf übergab Graf Montebello die gewünschte Note. Der Ministerrath der Porte wird sich heute mit der Angelegenheit beschäftigen.

Afrika.

Kairo, 3. April. Dem „Standard“ wird gemeldet: „Die neuesten Nachrichten aus dem Sudan lassen erkennen, daß die jüngste Aufbebung an der Grenze nichts weiter als ein etwas größerer Nebelleneinfall als sonst war. Aus Khartum wird gemeldet, daß im Rebellenlande, sowie in der ganzen Bagarra große Spaltungen herrschen. Die Araber verlassen sowohl am Nil wie in der Nachbarschaft von Suakin ihre Posten, um nach dem Innern zurückzuziehen. Der ganze Grenzbezirk ist jetzt in eine Art neuer Provinz umgewandelt worden unter der absoluten Kontrolle eines Kommandanten, dem auch die Civilgewalt unterstellt ist. Es sind auch Anstalten getroffen worden für die Veränderung der ägyptischen Grenze am Rothem Meer, welche sich hinfort nicht über die Sinaihalbinsel ausdehnen werde, da alle Forts an der Ostküste des Meeres der Türkei rückhaltlos abgetreten werden. Dies wird die Bürcden des ägyptischen Kriegsministeriums beträchtlich erleichtern und gleichzeitig eine Genugthuung für die Porte sein, welche bislang beständig Fragen mit Bezug auf El Wady und andere Forts im Hedjaz anregte.“

Zeitungsstimmen.

Ueber den Amneftionsbefehl bemerkt die „Tägliche Rundschau“: „Alle schweren Verbrechen sind von dem Gnadenlaß ausgeschlossen. Ebenso auch bedingungsweise leichtere Vergehen gegen die persönliche Sicherheit und geringere Verleumdungen, wofür der Verlethte nicht auf den Vollzug der Strafe verzichtet. Die bürgerliche Gesellschaft hat daher nicht zu befürchten, daß etwa durch die Rückkehr von gefährlichen Elementen die Bürgschaften der gesellschaftlichen Ordnung beeinträchtigt werden

möchten. Ebenjenseitig werden die wegen Hoch- und Landesverrathe verurtheilten Personen der Wohlthat dieses Classes theilhaftig. Außerdem ist noch besonders zu erwähnen, daß die auf Grund des Sozialistengesetzes verhängten Strafen von dem Gnadenverlaß ebenfalls nicht getroffen werden.

Die „National-Zeitung“ konstatiert in einer Vergleichen des Gnadenverlaßes vom 31. März d. J. mit der bei der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms ergangenen und der am 20. September 1866, am Vorabend des Siegeszugs, erlassenen Amnestie, welche letztere beide sich nur auf politische Vergehen beschränkten: „Gegenwärtig konnte es sich nach der Lage der Dinge nicht, wie 1861 und 1866, darum handeln, das Siegel der königlichen Gnade auf eine abgeschlossene Periode politischer Kämpfe zu drücken; die politischen Verurtheilungen, deren Wirkungen unterm 31. v. Mts. aufgehoben oder gemildert wurden, sind solche, wie sie durch Ausschreitungen im öffentlichen Leben mehr oder weniger zahlreich bezeugt herbeigeführt wurden. Die Begnadigung von Hoch- oder Landesverräthen dagegen würde sich gegenwärtig wohl ausschließlich auf den Verkauf von Staatsgeheimnissen an das Ausland und auf anarchische Unternehmungen bezogen haben; es wird allgemeine Zustimmung finden, daß solche Begnadigungen nicht erfolgt sind.“

Die „Reifung-Zeitung“ faßt ihr Urtheil dahin zusammen: „Keine Anwendung findet der Gnadenverlaß auf diejenigen, welche wegen Heilnahme an einer geheimen Verbindung zu geschwundenen Zwecken verurtheilt sind. Auf Grund der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuchs sind bekanntlich in den letzten Monaten eine große Anzahl von Sozialisten verurtheilt worden wegen Verbreitung verbotener Flugblätter und Druckschriften. Entgegen früheren Auffassungen der Gerichte hat das Reichsgericht die betreffenden Paragraphen dahin ausgelegt, daß eine geheime Verbindung für solche Zwecke schon vorhanden sein kann ohne formelle Vereinsbildung. Wir hätten allerdings gewünscht, daß der Antrag des Justizministers auch die Begnadigung auf diese Kategorie ausgedehnt hätte, ebenso wie auf alle Zuwiderhandlungen gegen das Sozialistengesetz, welche durch die Presse oder auf dem Gebiet des VersammlungsweSENS begangen sind. Indes müssen wir anerkennen, daß wenigstens auch hier alle Vergehen, für welche auf nicht mehr als sechs Wochen Freiheitsstrafe erkannt worden ist, unter die allgemeine Klausel des Gnadenverlaßes fallen. Mögen daher auch hier und da in Bezug auf einzelne Kategorien die Erwartungen an den Gnadenverlaß noch weiter gegangen sein, so wird dadurch der Charakter desselben als einer hochherzigen That, für welche das Volk dem Monarchen zum wärmsten und arbeitsreichsten Dank verpflichtet ist, nicht gekürzt.“

Im Hinblick darauf, daß der Gnadenverlaß sich auf die Vergehen gegen das Sozialistengesetz nicht erstreckt, und auf eine voraussetzliche Diskussion, die sich gerade an diesen Punkt knüpfen wird, erscheint es der „Vost“ von Interesse, der nachfolgenden, ihr zugehenden Londoner Korrespondenz Raum zu geben: „Die hiesige Kommunität hat hier selbst doch einige Erschöpfung in den sozial-revolutionären Kreisen erzeugt. Für geistern waren in verschiedenen Klubs Vorträge angekündigt, welche indessen unterblieben, da sämtliche Redner abgeseigt hatten. Wahrscheinlich gebrach es an Stoff, mit dem man während der letzten Tage doch all zu verschwenderisch umgegangen war. Dagegen ist man in der Propaganda um so thätiger, namentlich in den deutschen Klubs. In feierlicher Stimmung wartet man auf eine große Amnestie, die den Ausgewiesenen die Rückkehr in die Heimath ermöglicht, und es werden innerhalb der Klubs und verschiedenen Komite's Feldzugspläne für die Zukunft geschmiedet, in welchen jedem einzelnen der Zurückkehrenden eine spezielle Aufgabe zugewiesen werden soll. Die Rückkehrenden sollen sich über das ganze Reich verbreiten. Vor dem Abgange der Begnadigten in die Heimath bezw. die ihnen angewiesenen Plätze soll hier noch eine größere Abschiedsfeier stattfinden. Erstere sollen, wenn irgend angänglich, möglichst große Posten verbotener Druckschriften einschmuggeln. Man sieht hieraus, mit welchem Dank die Revolutionäre den Amnestieverlaß erwidern würden.“

Die „Konservative Korrespondenz“ betont: „In wie reichem Maße sich auch die königliche Barmherzigkeit betätigt und soviel Herzen sie mit dankbarer Freude erfüllen wird, hält sie doch streng die Grenze inne, die der überzeugte Anhänger einer ernsthaften staatlichen und bürgerlichen Ordnung bisher bei ähnlichen Anlässen mit Bedauern überschritten sah und über die hinaus die dem Begnadigten zugewandte Wohlthat zu einer Plage für den friedlichen und gesetzmäßigen Bürger wird. Wir freuen uns aufrichtig, daß Kaiser Friedrich mit dieser allzu liberalen Praxis gebrochen hat, und dürfen wohl hoffen, daß die von ihm geschaffene Norm, die der Humanität wie dem gesunden Verstandesverstand, jedem das Seine gibt, in alle Zukunft als Vorbild dienen wird.“

Der „Hannoversche Courier“ hebt hervor: „Den Tausenden, welchen die Vortheile dieses Gnadenverlaßes zu Gute kommen, wird er eine dankbar entgegenkommene Diergabe sein, welche ihren Zweck, von weiterem Fortschreiten auf dem eingeschlagenen Wege durch verhöfene Milde abzumehren, nicht verfehlen dürfte. Aber auch sonst wird dieser Beweis königlicher Gütlichkeit im Lande von bleibendem Eindruck sein.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 6. April.

(Sammlung für die Ueberschwemmten in Norddeutschland.) Als im Jahre 1883 die Ueberschwemmungen am Oberrhein großen Schaden über die Bewohner der Ufer des Rheins und seiner Nebenflüsse verhängten, strömten aus allen Theilen des Deutschen Reiches wie aus dem Ausland große Summen zur Linderung der Noth unserer Landsleute dem in Baden gebildeten Landesunterstützungskomitee zu, im Ganzen rund 790 300 Mark, darunter aus dem kaiserlichen Dispositionsfond 50 000 M., durch das Präsidium des Reichstags 208 275 M., durch Sammlung deutscher Reichstags- und Landtagsabgeordneter 27 075 M., aus den einzelnen deutschen Ländern 125 503 M. Die Dankbarkeit für diese reichen Gaben legt uns die Pflicht auf, nunmehr, da weite Landstrecken an den Ufern der Elbe, der Oder und der Weichsel von noch viel größerem Unglück betroffen sind, auch unsererseits nach besten Kräften helfend einzutreten. Schon haben verschiedene öffentliche Blätter, darunter auch die „Karlsruher Zeitung“, Aufrufe zur Spendung von Beiträgen erlassen. Wie wir hören, haben sich die Vorstände des Badischen Frauenvereins und des Badischen Männerhilfsvereins, auf deren Anregung im Jahr 1883 das Badische Landesunterstützungskomitee gebildet wurde, ebenfalls entschlossen, einen entsprechenden Aufruf zu veröffentlichen und dafür Sorge zu tragen, daß die bei ihnen eingehenden Gaben in allen betroffenen Ländern und Landes- theilen zu gleichmäßiger Verteilung gebracht werden können. Es darf wohl die Erwartung ausgesprochen werden, daß diese Aufforderung von dem erwünschten Erfolge begleitet sein werde.

(Zu den Ueberschwemmungen in Norddeutschland.) Der preussische Minister des Innern, v. Butt- kamer, hat an den Oberbürgermeister von Köln folgende Zuschrift gerichtet, die wir mit dem herzlichsten Wunsch wiedergeben, daß sie den Appell an die opferfreudige Theilnahme für unsere bedrängten Landsleute in Norddeutschland unterstützen möge.

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Berlin, den 1. April 1888. Die Zustände im östlichen Ueberschwemmungsgebiete spotten, wie ich Ihnen als Augenzeuge berichten kann, jeder Beschreibung. Unter diesen Umständen bitte ich um die Erlaubnis, Ihnen und Ihren Mitbürger bewährtem Eifer die Betätigung recht reichlicher Spenden dringen an das Herz zu legen. Viel ist in diesem entsetzlichen Unglück noch immer zu wenig, und die freigebigste Privatthätigkeit, sowie umfassende Staats- hilfe, an denen es ja nicht fehlen wird, können immer nur einen geringen Theil der durch das Schicksal geschlagenen Wunden heilen! Mit ächter Hochachtung Ihr sehr ergebener Butt- kamer.“

P. (Export nach Italien.) Nach einer im „Verordnungsblatt“ der Generaldirektion der Großherzoglichen Staats- eisenbahnen enthaltenen Bekanntmachung ist für die nach Italien bestimmten deutschen Waaren, welche die ermäßigten Zollsätze genießen sollen, die Beibringung eines Ursprungszeugnisses erforderlich, welches die Bezeichnung der Waaren, Beschaffenheit und Menge derselben, sowie die Bescheinigung, daß sie Erzeugnisse deutschen Ackerbaues oder deutscher Gewerbe sind, enthalten muß. Derartige Zeugnisse können von den Handelskammern, von den italienischen Konsulaten, ferner von der Zollbehörde oder in Ermangelung solcher von den Gemeindebehörden abgegeben werden. Ursprungszeugnisse, welche Waaren enthalten, die offenkundig nicht den Ackerbau- oder den Gewerbeerzeugnissen desjenigen Landes, aus welchem sie kommen, angehören, werden von den italienischen Zollämtern für unzulässig angesehen. Diese Bestimmungen erstrecken sich jedoch nicht auf kleine Quantitäten von Waaren, welche von Reisenden mit dem betreffenden Gepäck mitgeführt werden, für diese kommen ohne Rücksicht auf die Herkunft die ermäßigten Zölle zur Anwendung.

Seidelberg, 5. April. (Kreisversammlung.) Heute Vormittag 9 Uhr wurde im kleinen Saale der „Harmonie“ die diesjährige 23. ordentliche Tagung der Kreisversammlung durch den Großh. Kreisobermann Geh. Regierungsrath v. Scherer eröffnet. Anwesend sind als Vertreter Großh. Regierung der Landeskommissar Herr Ministerialrath Frech von Mannheim, drei Herren aus der Zahl der Großgrundbesitzer und 32 weitere Mitglieder. Nach Begrüßung des Hrn. v. Scherer wurde zur Wahl geschritten, die durch Affirmation Hrn. Ober- bürgermeister Dr. Wilkens als Vorsitzenden, zu dessen Stellvertreter Hrn. v. Degenfeld berief. Zu Schriftführern wurde Hr. Oberamtmann v. Deitgmann aus Eppingen und Hr. Josef Werner, Kunstmüller von Neckargemünd, gewählt; hiermit war der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Die folgenden Gegenstände derselben sind: Geschäftsbericht des Vorjährigen des Kreisvereins; Bericht des Kreisvereins, betreffend: 1. die Armenfürsorge des Kreises; 2. die Kreisabtheilung der Pflanz- Heilanstalt; 3. Beepflegung von Augenkranken des Kreises in der Akademischen Augenklinik; 4. Ver- nügung des Soolbades Rappenaubach durch arme Kranke des Kreises; 5. die Landarmenpflege des Kreises; 6. der Kreisbeitrag für die Arbeiterkolonie in Eppingen; 7. die Kreisplegeanstalt in Sinshelm, und zwar: a. Prüfung der Rechnung für 1887, b. Vorschlag für 1888; 8. die Landwirtschaftliche Kreiswinterschule Eppingen; 9. die Haushaltungsschule Redardischshausen; 10. die Beihilfung des Kreises an der Ausbildung von Arbeitslehrekräften; 11. die Errichtung von Naturalversorgungsstationen im Kreise; 12. die Unterhaltung der Kreisstraßen; 13. die Unterhaltung der Kreiswege; 14. die Verbesserung von Kreis- gemeindewegen mit Kreisbeiträgen; 15. die Beihilfung des Kreises an dem Vollzug der Kranken- und Unfallversicherungs- gesetze, und zwar: a. die Krankenversicherung der im Straßen- baubetrieb des Kreises beschäftigten Regiarbeiter, b. die Unfall- versicherung der unter a. bezeichneten Kreisregiarbeiter, c. die Aufbringung der Mittel zur Deckung der Entschädigungsbeträge für die Baunfallversicherung nach Maßgabe des § 21 Lit. v. des Baunfallversicherungsgesetzes vom 11. Juli 1887, d. die Wahl dreier Mitglieder zur Generalversammlung der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft des Großherzogthums; 16. die Prüfung und Verbeihaltung der Kreisrechnungen für 1886; 17. die vorläufige Prüfung der 1887 Rechnung; 18. der Vorschlag für das Jahr 1888; 19. etwaige Anträge aus der Mitte der Kreisversammlung; 20. Aufstellung der Vorschlags- listen für die Bezirksräthe.

Freiburg, 5. April. (Oberbürgermeisterwahl.) — Vermächtnisse. — Vereinswesen. Da Herr Oberbürgermeister Schuster wegen leidender Gesundheit darauf drang, möglichst bald seines Amtes entbunden zu sein, wurde die Neuwahl eines Oberbürgermeisters schon am den 13. d. M. an- beraumt. Unter den Mitgliedern des Bürgerausschusses finden dormalen lebhaft Verhandlungen über die Wahl eines geeigneten Nachfolgers für den am den Aufschwung der Stadt hochver- dienten seitherigen Gemeindevorstand statt. — Immer mehr Ver- mächtnisse aus dem Nachlaß des verstorbenen Privatiers Joseph Hebling werden bekannt. Zu den 5 000 M., welche derselbe, wie ich Ihnen meldete, dem Arbeiterbildungsverein zugewandt hat, kommen nun weitere 10 000 M. für den hiesigen Kunstverein und 1 000 M. für die Blindenanstalt. — Am vorigen Samstag feierte der Bismarck-Verein den Geburtstag des Reichskanzlers in größerer Versammlung, wobei zündende Reden gehalten und ein Glückwunschtelegramm an den Geehrten abgedandt wurde. — Der Kranken-, Sterbe- und Wittwenverein hielt vorgestern Abend im Saale des kath. Vereinshauses seine General- versammlung. Der Vorstand, Herr Rechtsanwalt Marbe, er- stattete der Versammlungsbericht, welchem wir entnehmen, daß das Vereinsvermögen der ersten beiden Klassen 36 134 M., das der Wittwenklasse 17 142 M. und daß die Mitgliederzahl 274 beträgt.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 6. April. Das Befinden Seiner Majestät des Kaisers ist nach einer gut verbrachten Nacht heute ein befriedigendes.

Berlin, 6. April. Die „Nationalzeitung“ sagt bezüglich der Gerüchte von einer beabsichtigten Vermählung des Prinzen Alexander von Wattenberg mit einer Tochter des Kaisers: Bekanntlich nahm unser Kaiser Wilhelm gegen den Prinzen Alexander eine durchaus ablehnende Haltung ein, die jedenfalls auch vom Reichskanzler ge- theilt wurde. Indessen sind, wie wir bestimmt erfahren, die erneuten Bemühungen für den Prinzen Alexander

erfolglos geblieben. Schon deshalb sind Anlässe zu einem geheimen Konflikt nicht mehr vorhanden. Von einer durch die „Köln. Ztg.“ in Aussicht gestellten Demis- sion des Reichskanzlers ist daher in keiner Weise die Rede.

Dasselbe Blatt sagt an anderer Stelle über das Eheprojekt des Prinzen von Wattenberg, es sei selbstver- ständlich, daß dasselbe unter dem Gesichtspunkt der euro- päischen Politik betrachtet werde und daß der Reichs- kanzler demselben widersprechen mußte. Da bei uns der Monarch der oberste Leiter des Staates ist, so könne bei Familienverbindungen der Dynastie niemals daran zu denken sein, eine neue dynastische Familienverbindung zu schaffen, welche in der jetzigen ermpfen europäischen Lage für die deutsche Politik hinderlich wäre, für welche der Reichs- tag jedoch 700 000 Mann und 300 Millionen Mark be- willigt habe. Es heiße die Stellung unseres Herrscher- hauses verkennen, wenn man nur die Möglichkeit zugebe, daß die Wirkung derartiger Opfer durch die Rücksicht auf persönliche Wünsche wie ein Gebändniß abgeschwächt werden könnte. Die Zustimmung des Kaisers wäre sicher- lich in dem Augenblick ausgeschlossen gewesen, in welchem man die politische Seite des Planes in Erwägung ziehen mußte, so daß der Reichskanzler nicht nöthig hatte, an seinen Rücktritt zu denken.

Berlin, 6. April. (Privattelegramm.) Bezüglich der Angriffe, welche die radikale und die chauvinistische Presse Frankreichs gegen die französischen Botschafter in Berlin und London richtet, meint die „National-Zeitung“, es bleibe abzuwarten, ob der neue Ministerpräsident Goblet unter seinen Anhängern geeignete Persönlichkeiten zum Ersatz jener Diplomaten findet und ob ihm überhaupt die Zeit dazu bleiben wird, Änderungen vorzunehmen. Der Botschafter Herbet sei übrigens von Freycinet, der auch dem gegenwärtigen Ministerium wieder angehört, nach Berlin gesandt worden.

Köln, 6. April. Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht eine Berliner Korrespondenz, in der es heißt: Kaiser Wilhelm hat die letzten Tage und den Rest seiner Lebens- kraft dazu verwendet, um die Erfahrungen seiner langen, ruhmreichen Herrscherlaufbahn und seine geheimsten Ge- danken als dauerndes Vermächtniß an den Träger der Zukunft der Dynastie zu übermitteln; er hat mit bre- chender Stimme noch die Mahnung ausgesprochen, auf Rußland Rücksicht zu nehmen und die Empfindlichkeit des Zaren zu schonen. Der sterbende Monarch sprach damit den staatsmännischen Gedanken aus, welcher ihn sein ganzes Leben hindurch begleitet hat und der in den letzten Jahren Gemeingut aller politisch geschulten Deutschen geworden ist. Der Artikel schließt mit dem Ausdruck des Vertrauens, daß auch in Zukunft, selbst unter Opfern, an dieser maßvollen, zurückhaltenden Politik werde fest- gehalten werden.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Für die Ueberschwemmten an der Oder, Weichsel und Elbe

in infolge unseres Aufrufs bei uns eingegangen: von Finanz- minister Ehrharter 50 M., Chr. A. 1 M., L. S. 1 M., Ad. Adam 6 M., Rechnungsrath und Archivar Lud. Bauer 5 M., A. B. 50 Pf., C. A. B. 10 M., Frau v. Schönan Witwe 30 M., Hofdame Frein von Schönan 15 M., F. B. 5 M., Durch l. Ergebnis einer Sammlung 9 M., G. B. H. 100 M., M. A. S. 30 M., Frau Mathilde v. Stöcker geb. v. Christmar 100 M., Rechtsanwält Dr. Regensburger 60 M., Frau Dr. Graßheim 50 M., Strüder 30 M., N. A. in R. 4 M.; zu- sammen 486 M. 50 Pf.

Wir bitten um Anstellung weiterer Geldbeiträge. Karlsruhe, den 6. April 1888. Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 8. April. 38. Ab. - Vort.: „Die Hochzeit des Figaro“, komische Oper in 2 Aufzügen, von W. A. Mozart. Figaro: Herr Wehrle vom königl. Hoftheater in Dresden als Gast. Anfang 6 Uhr.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

April	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Wind. NE	Witterung
5. Nachts 9 U. 1)	748.8	- 05	4.4	100	NE	bedeckt
6. Morgs. 7 U. 2)	751.0	- 10	3.9	92	„	„
6. Mittags 2 U. 3)	752.0	+ 08	4.1	83	„	„

1) Schnee. 2) Schnee. Schnee = 8.0 mm der letzten 24 Stunden. 3) Schnee.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 6. April. Mgs., 4.61 m, gefallen 5 cm.

Hebericht der Witterung. Ein hohes Maximum, über 770 mm, liegt westlich von Großbritannien, eine umfangreiche Depression zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meere. Bei meist mäßiger, nördlicher und nordöstlicher Luftströmung ist das Wetter über Deutschland kälter, im Süden und Osten trübe mit Schneefällen, im Nordwesten heiter und trocken. In Ost- und Süd- deutschland haben wieder erhebliche Schneefälle stattgefunden. Schneehöhe in Altfeld 6, Königsberg 7, Breslau 10 cm. (D. S.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 6. April 1888.

Staatspapiere.	Banknoten.	Berlin.
4 1/2% Deutsche Reichs- anleihe 107.60	Staatsbahn 179 1/2	Oeffert. Creditanleihe 155.70
4% Preuß. Konj. 107.10	Bombardier 66 1/2	Staatsbahn 89.90
4% Baden in R. 103.80	Galizier 107.-	Bombardier 81.60
4% „ „ R. 108.10	Österr. 124.-	Disconto-Romm. 100.70
Oeffert. Goldrente 88.70	Neuburger 137.40	Barocritte 83.40
Silberrente 64.60	Öst. Ludwigsbahn —	Berlin 71.00
4% Ungar. Goldrente 77.20	Elb-Elb. Eisenbahn 159.-	Marienburger 67.00
1877er Ruffen 93.80	Gotthard 114.20	Leipzig: —
1880er „ 77.80	Wesfal. a. Münster. 169.17	Wien.
II. Orientanleihe 61.10	„ „ „ 20.34	„
Italiener compiant 94.40	„ „ „ 80.88	„
Equiter „ 79.94	„ „ „ 160.48	„
Spanier 68.10	Russland 16.18	„
6% Serben 77.-	Privatbank 11	Leipzig: —
Banten. 217.-	Bab. Eisenbahn 77.00	Paris.
Disconto-Romm. 100.80	Wiss. Weingüter —	3 1/2% Rente 81.80
Bösl. Banknoten 148.80	„ „ „ —	Spanier 69.-
Darmstädter Bank 139.50	„ „ „ —	Equiter 497.-
6% Serb. Hypoth. Ob- ligationen 77.30	„ „ „ —	Ötomanen 619.-

Rheinische Hypothekenbank in Mannheim.

Die 4 1/2 %igen Pfandbriefe der Serie 30 betreffend.

Der gesammte Restbestand unserer 4 1/2 %igen Pfandbriefe der Serie 30 ist zur Rückzahlung per 1. Oktober d. J. ausgelost worden. In dem wir die Inhaber unserer 4 1/2 %igen Pfandbriefe hiervon in Kenntniß setzen, erklären wir uns bereit denjenigen, welche geneigt sind, im Umtausch gegen die 4 1/2 %igen Pfandbriefe 3 1/2 %ige Pfandbriefe zu nehmen, diese letzteren unter Zugrundelegung eines Courfes von 95 1/2 %, und zwar unter Erstreckung des Zinsgenußes von 4 1/2 %, bis 1. April 1889 zu geben.

Dabei ist vorausgesetzt, daß die Anmeldung zum Umtausch der 4 1/2 %igen Pfandbriefe vor dem 1. Mai d. J. erfolgt. Der Umtausch erfolgt seitens der Bank Zug um Zug. Die Anmeldungen zum Umtausch werden bei allen Betriebsstellen unserer Pfandbriefe, insbesondere in Mannheim an unserer Kasse und bei der Rheinischen Creditbank, in Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz bei den Filialen der Rheinischen Creditbank,

in Frankfurt a. M. bei Herrn W. A. von Rothschild & Söhne, bei der Deutschen Vereinsbank, in Berlin bei Herrn S. Bleichröder, Direction der Disconto-Gesellschaft, in Oldenburg bei der Oldenburgischen Spar- und Leihbank, in Stuttgart bei der Württembergischen Vereinsbank, in Basel bei der Basler Handelsbank

in den bei jeder der genannten Stellen üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Ebendasselbst sind Formulare für die Anmeldungen deponirt. Mannheim, den 28. März 1888.

Nr. 395.2.

Rheinische Hypotheken-Bank

Rheinische Hypothekenbank in Mannheim.

Die Bank gewährt ländliche Hypotheken-Darlehen, kündbare und unkündbare, im Großherzogthum Baden auf Grund eines Zinsfußes von 4 %.

Gesuche auf Gewährung von Annuitäten-Darlehen werden vorzugsweise berücksichtigt. Bei jeder Art von ländlichen Darlehen ist die Rückzahlung des ganzen Darlehens oder die Abzahlung auch kleinster Raten ohne vorherige Kündigung auf die Zinstermine gestattet.

Bei Einreichung des Darlehensgesuches kann der Darlehenssuchende bestimmen, ob die Zinszahlung vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich erfolgen soll. Er kann auch die Termine der Zinszahlung wählen. Unsere Vertreter nehmen unentgeltlich Anträge entgegen und ertheilen jede Auskunft. Mannheim. S. 884.13.

Die Direction.

Zum Besten der Ueberschwemmten an der Oder, Weichsel und Elbe findet Samstag den 7. April, Abends 8 Uhr, in der Festhalle ein

Großes Militär-Konzert

statt, gegeben von der ganzen Kapelle des

Leib-Grenadier-Regiments
Kapellmeister Böttge.

Eintrittspreis 50 Pfennig.

Programm.

Sindobona-Maria	Konfät.
Overture z. Oper „Dobron“	Weber.
Frühlingslied	Gonod.
Fonbilder a. d. Musikdrama „Die Walküre“	Wagner.
1. Vorspiel des zweiten Aufzuges. — 2. Siegmund: „Was gleicht dort hell im Glimmerstein.“ — 3. Brünnhilde: „Fort denn eile, nach Osten gewandt!“ — 4. Siegmund: „Winterhülle wiechen dem Wonnemond.“ — 5. Walkürenritt. — 6. Feuerzauber.	
Wicner Frauen. Walzer	Strauß.
Overture z. Op. „Wilhelm Tell“	Rossini.
Tanz-Suite	Kienzl.
1. Deutscher Tanz. — 2. Steierisch. — 3. Sächsisch. — 4. Slavisch. — 5. Ungarisch. — 6. Spanisch.	
Allegretto a. d. „Militär-Sinfonie“	Haydn.
Im Wonnemond. Humoreske über das Volkslied „Unter Mond du gehst so stille“	Schreiner.
Ein Abend bei Wilsch, großes Tongemälde	Schütz.

Florian Kühn's Specialitäten:

Maccaroni, Eiermücheln, Suppeneinlagen aller Art, Stearinlichter, Emmenthaler- und Parmesan-Käse, Bierge-Ölivenöl, beste Salatöl, gebrannte Kaffee, Champagner, Conserve, Spirit, Sicherheitszündhölzer und Cigarren.

Demi Engros-Versand-Geschäft —

Preis-Courant zu Diensten —

nicht mehr Langestraße 39, sondern Langestraße 67a. Baden-Baden.

S. 881.10.

Loeßlund's
ächtes **Malz-Extract**
und
Malz-Extract-Bonbons
sind keine Geheimmittel, sondern vollkommen reelle, seit 20 Jahren bewährte, d. Magen wohlthätigkeithaltige
Mustermittel
Äusserst wirksam u. schleimlösend, bei Alt u. Jung beliebt. — In allen Apotheken zu haben. — Bonbons 20 u. 40 Pf., Extract 90 Pf. Man verlange stets »Loeßlund's«.

N. 464.1. Gasmotor,

30 Pf. liegend, wenig gebraucht, wird billigst abgegeben. Offerten an die Annoncen-Expedition von Saalman & Vogler, Mannheim, unter B. 6475 b.

N. 408.3. Karlsruhe. Offene Bauführer-Stelle.

Die Stelle eines städtischen Bauführers soll sofort besetzt werden. Der monatliche Gehalt beträgt, sofern nicht anderweitige Vereinbarung getroffen wird, 140 M. Die Meldungen sind bis zum 14. April schriftlich bei dem städtischen Wasser- und Straßenbauamt einzureichen, unter Angabe der von den Bewerbern besuchten Unterrichtsanstalten und ihrer bisherigen praktischen Thätigkeit. Zeugnisse hierüber, sowie über tüchtige Körperbeschaffenheit sind beizufügen. Bewerber, welche das badische Straßenmeisterexamen absolvirt haben, erhalten den Vorzug. Karlsruhe, den 29. März 1888. Städt. Wasser- und Straßenbauamt. S. 84.

Handelsregister-Einträge.

N. 281. Nr. 2038. Waldbrunn. Zu Dec. 3. 89 des Firmenregisters, „Er-mann Trabold“ in Wettersdorf, wurde heute eingetragen:

Durch Urtheil Gr. Landgerichts Mosbach vom 17. Januar 1888 wurde die Ehefrau berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzutrennen.

Waldbrunn, den 22. März 1888. Großh. bad. Amtsgericht. Ruffner.

Verm. Bekanntmachungen.

N. 470. Nr. 7084. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die nachbezeichneten, für den Postdienst entbehrlichen, aber anderweit noch verwendbaren Wagen:

1. drei Stück sechsfüßige Omnibus-Postwagen.
2. drei Stück achtfüßige Omnibus-Postwagen.
3. ein neunfüßiger Omnibus-Postwagen.
4. ein zehnfüßiger Omnibus-Postwagen.
5. ein sechsfüßiger Postschlitten und 6. zwei Basteibandwagen

sollen hierseits Montag den 16. April d. J., Nachmittags 2 Uhr, auf dem in der Durlacher Allee Nr. 46, neben dem Militär-Reitplatz gelegenen Grundstücke des Herrn Hofmagnatfabrikanten Kaut öffentlich meistbietend verkauft werden.

Die Verkaufsbedingungen werden bei der Versteigerung bekannt gemacht werden.

Karlsruhe (Baden), 5. April 1888. Der Kaiserliche Ober-Postdirektor, Geheime Ober-Postrathe. Döb.

N. 472. Nr. 5822. Darmstadt. Main-Neckar-Bahn.

Lieferung von Uniformen.

Die Lieferung der für das Dienstpersonal erforderlichen Uniformen, und zwar von:

- 173 großen Paletot.
- 118 kleinen „
- 120 Tuchröden.
- 74 Leinwandröden.
- 352 Tuchhosen.
- 74 Leinwandhosen.
- 747 Mägen

soll durch öffentliche Verdingung vergeben werden. Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „Lieferung von Uniformen“ bis zum 24. April 1888, Vormittags 10 Uhr, bei dem Hauptmagazin-Verwalter dahier einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote, welcher die Anbieter beizubehalten können, findet in vorgenanntem Termine statt. Die Bedingungen sind bei dem Hauptmagazin-Verwalter dahier, sowie bei den Material-Verwaltern in Frankfurt u. Heidelberg zur Einsicht offen gelegt.

Darmstadt, den 5. April 1888. Der Ober-Betriebs-Inspektor: Gessner.

N. 461.1. Karlsruhe. Vergebung von Maurer- und Steinhauer-Arbeiten.

Die Arbeiten zur Herstellung des nördlichen Wälders der Kirchstrassenbrücke sollen vergeben werden.

Nach den auf unserem Bureau aufliegenden Bedingungen, Plänen und Kostenberechnungen sind dieselben wie folgt veranschlagt:

- a. Erd- und Maurerarbeiten (ohne Maurerheilmietung) 3876,07 M.
- b. Steinbauerarbeiten (rother Sandstein) 9654,10 M.
- c. Steinbauerarbeiten (Granit) 1735,37 M.

Die Eröffnung der Angebote findet am 17. April, Vormittags 9 Uhr, statt.

Karlsruhe, den 5. April 1888. Städt. Wasser- und Straßenbauamt. Schüd.

N. 361. Nr. 200. Achern. Bekanntmachung.

Zur Fortführung der Vermessungswerte und der Lagerbücher nachfolgender Gemarkungen ist im Einverständnis mit den Gemeinderäthen der beteiligten Gemeinden Lagfahrt jeweils auf dem Rathhause der betreffenden Gemeinde anberaumt; für die Gemarkung

Waldmatt: Montag den 16. April, Vormittags 9 Uhr.

Reutweiler: Mittwoch den 18. April, Vormittags 9 Uhr.

Altschweier: Freitag den 20. April, Vormittags 9 Uhr.

Büßlerthal: Dienstag den 24. April, Vormittags 9 Uhr.

Eisenthal: Samstag den 28. April, Vormittags 9 Uhr.

Die Grundeigentümer werden hiervon mit dem Anfügen in Kenntniß gesetzt, daß das Verzeichniß der seit der letzten Fortführung eingetretenen, dem Gemeinderath bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum während acht Tagen vor dem Fortführungsstermin zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathhause aufliegt; etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeichniß vorgemerkten Veränderungen in dem Grundeigentum u. deren Beurkundung im Lagerbuch sind dem Fortführungsbeamten in der Lagfahrt vorzutragen.

Die Grundeigentümer werden gleichzeitig aufgefordert, die seit der letzten Fortführung in ihrem Grundeigentum eingetretenen, aus dem Grundbuch nicht ersichtlichen Veränderungen dem Fort-

führungsbeamten in der bezeichneten Lagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grundstücke eingetretenen Veränderungen sind die vorgeschriebenen Handrisse und Meßurkunden vor der Lagfahrt bei dem Gemeinderath oder in der Lagfahrt bei dem Fortführungsbeamten abzugeben, widrigenfalls dieselben auf Kosten der Beteiligten von Amtswegen beschafft werden müßten.

Achern, den 4. April 1888. Der Bezirksgeometer: Schneberger.

N. 468. Karlsruhe. Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Zum Gütertarife Basel-Badischer Bahnhof-Gottshardbahn und zu dem die Tarife für Waldshut enthaltenden Anhang hierzu ist mit Wirkung vom 15. April l. J. je der 1. Nachtrag erschienen.

Diese Nachträge enthalten eine Bestimmung über die Anwendbarkeit der gemeinsamen schweizerischen Ausnahmestricke Nr. 1, 3, 4, 5, 7-12 und 16 im Verkehr mit Basel Bad. B. und Waldshut, ein neues Artikelverzeichnis zum Ausnahmestricke für Steine etc., sowie einen Ausnahmestricke für Wein in Fässern u. gepresste Weintrauben.

Soweit durch das neue Artikelverzeichnis Frachterhöhungen eintreten, gelten die bisherigen Tarife und Bestimmungen noch bis 15. Juli l. J.

Karlsruhe, den 5. April 1888. General-Direction.

N. 469. Karlsruhe. Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Für den Güterverkehr zwischen den Rhein- und Main-Umschlagstationen Mannheim transit, Ludwigshafen transit etc. einerseits und Stationen der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft mit Umschlag in Passau bezw. in Regensburg andererseits tritt mit sofortiger Gültigkeit ein neuer Uebernahmetarif in Wirksamkeit.

Dieser Tarif hat nur Geltung für Güter, welche von den Rhein- und Main-Umschlagstationen zu Schiff nach Holland oder Belgien oder umgekehrt Beförderung finden.

Gleichzeitig tritt der gleichartige Tarif vom 20. September 1884 mit der Maßgabe außer Kraft, daß die Sätze desselben, insofern sie billiger sind, als jene des vorhergehenden neuen Tarifs, noch bis 20. Mai 1888 in Kraft bleiben.

Der Tarif kann bei der Güterverwaltung Mannheim zum Preise von 0,20 Mark bezogen werden.

Karlsruhe, den 5. April 1888. General-Direction.

N. 364. Nr. 81. Sinsheim. Bekanntmachung.

Zur Fortführung der Vermessungswerte und der Lagerbücher nachfolgender Gemarkungen ist im Einverständnis mit den Gemeinderäthen der beteiligten Gemeinden Lagfahrt jeweils auf dem Rathhause der betreffenden Gemeinde, Vormittags 9 Uhr, anberaumt; für die Gemarkung:

1. **Waldangelloch,** Donnerstag den 19. April, l. J.

2. **Waldschaff,** Montag den 23. April, l. J.

3. **Hilsbach,** Dienstag den 24. April, l. J.

4. **Waldschaff,** Donnerstag den 26. April, l. J.

Die Grundeigentümer dieser Gemarkungen werden hiervon mit dem Anfügen in Kenntniß gesetzt, daß das Verzeichniß der seit der letzten Fortführung eingetretenen, dem Gemeinderath bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum während acht Tagen vor der Lagfahrt zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathhause aufliegt; etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeichniß vorgemerkten Veränderungen in dem Grundeigentum und deren Beurkundung im Lagerbuch sind dem Fortführungsbeamten in der Lagfahrt vorzutragen.

Die Grundeigentümer werden gleichzeitig aufgefordert, die seit der letzten Fortführung in ihrem Grundeigentum eingetretenen, aus dem Grundbuche nicht ersichtlichen Veränderungen dem Fort-

führungsbeamten in der bezeichneten Lagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grundstücke eingetretenen Veränderungen sind die vorgeschriebenen Handrisse und Meßurkunden vor der Lagfahrt bei dem Gemeinderath oder in der Lagfahrt bei dem Fortführungsbeamten abzugeben, widrigenfalls dieselben auf Kosten der Beteiligten von Amtswegen beschafft werden müßten.

Sinsheim, den 4. April 1888. Der Bezirksgeometer: U. Baumann.

N. 415.2. Donaueschingen. Architekt gesucht.

Für die Leitung und Ausführung des Antheilsneubaus in Billingen suchen wir einen tüchtigen und erfahrenen Architekten.

Der Eintritt soll sofort erfolgen. Bewerber wollen sich unter Angabe ihrer bisherigen Thätigkeit und Gehaltsansprüche bei unterzeichneter Stelle melden.

Donaueschingen, den 29. März 1888. Groß. Bezirksbauinspektion. Rebenius.

(Mit einer Beilage.)